

1. Die Ausgangslage in Poznan: Verhandlungen unter klaren Prämissen

Die 14. Klimakonferenz ist ein Meilenstein auf dem Weg zur Fortsetzung des Kyoto-Protokolls, dessen erste Verpflichtungsperiode 2012 ausläuft.

Die Konferenz in Polen muss den Prozess so weit bringen, dass alle Länder an der nächsten Konferenz 2009 in Kopenhagen fähig sind, sich zu Zielen ab 2013 bis 2020 zu bekennen. Dies gilt für Industrieländer, die Reduktionsmassnahmen von 30 bis 40% bis 2020 (gegenüber Stand 1990) zugestehen müssen, wie auch für die Entwicklungsländer, die sich bereit erklären müssen, eine Obergrenze ihrer Emissionen anzuerkennen.

Den Imperativ zu raschem Handeln liefern der vierte Bericht des UNO-Klimarates (IPCC) von 2007 sowie neuere wissenschaftliche Erkenntnisse, wonach der Klimawandel weit schneller voranschreitet als noch vor einem Jahr prognostiziert. So liegt etwa die Abnahme-Rate des arktischen Eises am obersten Limit der Prognosen.

Die Forscher sind sich nicht nur darin einig, dass der Klimawandel vom Menschen verursacht ist, sie zeigen auch auf, dass zur Umkehr nur wenige Jahre bleiben:

Bis 2015 muss das Emissionsmaximum erreicht sein und danach rasch sinken. Für die Treibhausgas-Emissionen der Industrieländer müssen die Reduktionen bis dahin zwischen 25 und 40% betragen.

Die Prämissen für die Verhandlungen in Poznan sind damit klar. Die EU hat mit ihrer offiziellen Verlautbarung, bis 2020 ihre Emissionen um 30% zu reduzieren den Stein ins Rollen gebracht. Auf dieser Vorlage, auf dem bestehenden Kyoto-Protokoll und auf der an der Vertragsparteienkonferenz 2007 beschlossenen Bali-Roadmap muss nun aufgebaut werden.

2. Der aktuelle Stand der internationalen Klimapolitik

Das von 156 Staaten ratifizierte **Protokoll von Kyoto** stammt aus dem Jahr 1997. Es **regelt die Zeitspanne von 2008 bis 2012** – die so genannte erste Verpflichtungsperiode – und legt fest, wie viele Emissionen die einzelnen Staaten noch verursachen dürfen.

⇒ Eine Zusammenfassung zum Kyoto-Protokoll, zur Klima-Rahmenkonvention sowie zur Chronologie der Treffen der Vertragsparteien findet sich im Dokument Hintergrund II oder unter <http://www.greenpeace.ch/themen/klima/klimapolitik/von-rio-nach-nairobi/>.

Für die **zweite Verpflichtungsperiode ab 2013** (bis voraussichtlich 2020) wurde an den Verhandlungen im Jahr 2007 in Bali die so genannte Bali-Road-Map festgelegt.

Die Vorgaben der Bali-Roadmap

Die Vertragsparteien definierten für das zukünftige Klimaregime folgende Handlungsbereiche:

- Senkung der Treibhausgasemissionen (Mitigation): Industriestaaten bis 2020 um 25 bis 40 Prozent unter das Niveau von 1990
- Anpassung an die Auswirkungen des Klimawandels in den Entwicklungsländern (Adaptation) Dafür wurde ein Anpassungsfonds eingerichtet, der unter der Verwaltung von Globalem Umweltfonds (GEF) und Weltbank Gelder zur Verfügung stellen soll.
- Entwicklungszusammenarbeit und Technologietransfer sowie Finanzierung.
- Verhinderung von Abholzung. Gegen die zunehmende Abholzung von Wäldern hat sich die Klimakonferenz auf "positive Anreize" verständigt. Viele Entwicklungsländer fordern eine internationale Kompensation dafür, dass ihre ausgedehnten Wälder Kohlendioxid speichern.
- Die Verhandlungen für die nächste Verpflichtungsperiode von 2013 bis 2020 sollen bis 2009 abgeschlossen sein. Die Verabschiedung ist auf der Klimakonferenz Ende 2009 in Kopenhagen geplant.

⇒ Ausführliche Infos dazu:

<http://www.bafu.admin.ch/dokumentation/fokus/05968/06000/index.html?lang=de>

<http://www.germanwatch.org/>, Papier zu Bali, Poznan, Kopenhagen - Dreisprung zu einer neuen Qualität der Klimapolitik?

<http://unfccc.int/documentation/decisions/items/3597.php>

3. Die Forderungen von Greenpeace

- Die Staaten müssen sich zur Obergrenze von maximal 2°C Erwärmung gegenüber der vorindustriellen Durchschnittstemperatur bekennen. Dazu müssen die globalen Treibhausgas-Emissionen spätestens im Jahr 2015 das Maximum erreichen und danach rasch sinken.
- In Polen müssen die Verhandlungen so weit gedeihen, dass spätestens an den Klimaverhandlungen im Jahr 2009 in Kopenhagen die Rahmenbedingungen und die Reduktionsverpflichtungen für die zweite Verpflichtungsperiode unter dem Kyoto-Protokoll ab 2013 verbindlich ausgehandelt werden können – für alle Länder.
- Die Industriestaaten müssen sich zu Emissionsreduktionen bekennen: 30% bis 40% bis 2020, und 90% oder mehr bis 2050 – immer gegenüber dem Stand 1990. Diese Reduktionen müssen zwingend im Inland erfolgen.
- Die Entwicklungsländer und Transitions-Staaten müssen Obergrenzen für ihre Emissionen akzeptieren. Die hoch entwickelten und reichen Länder sind verpflichtet, den ärmeren Ländern Technologie(transfer) und Anpassung zu finanzieren und in ihrer Vorbildfunktion Klimaschutz im Inland durchsetzen.
- Die Abholzung muss gestoppt werden. Dazu sind Abkommen zu beschliessen, die Abholzung verhindern und dies auch finanzieren. Die Vermeidung von Abholzung muss zusätzlich zu den anderen Emissions-Verringerungen stattfinden.
- Der bestehende Mechanismus Clean-Development Mechanism (CDM) ist so stark zu verbessern, dass die verlangte Additionalität wirklich sichergestellt ist; grundsätzlich ist er aber durch das Instrument der Sustainable Development Policies and Measures (SD PAMs) zu ersetzen. Diese stützen sich auf einen integrierten Ansatz von Klimaschutz und Entwicklungszusammenarbeit: Emissionsreduktion, Waldschutz, Technologietransfer und Anpassungsmassnahmen sollen so vereint werden.

Von der Schweiz fordert Greenpeace:

- Die Vorreiterrolle zu übernehmen und als reiches industrialisiertes Land zu zeigen, dass Klimaschutz zuoberst auf der Prioritätenliste steht.
- Sich zu einer maximalen Obergrenze der globalen Erwärmung von 2°C zu bekennen und bereits in Poznan für eine Reduktion von 30-40% CO₂-Emissionen bis 2020 einzustehen.
- Ein klare Aussage, dass die Emissionsreduktionen im Inland stattfinden müssen.
- Sich aktiv und durch Übernahme von Verantwortung für ein zielführendes Instrument zur Verhinderung der Abholzung einzusetzen.
- Sich klar dafür auszusprechen, dass die hoch entwickelten Länder eine besondere Verantwortung für den aktuellen Stand des Klimawandels tragen und damit verpflichtet sind, die Entwicklungsländer im Kampf gegen die Auswirkungen des Klimawandels und für die eigene nachhaltige Entwicklung zu unterstützen.
- Das Modell der von Bundesrat Leuenberger vorgeschlagenen globalen CO₂-Abgabe weiter zu verfolgen.

GREENPEACE SCHWEIZ

14. Weltklimakonferenz COP14 in Poznan/Polen, 1. bis 12. Dezember 2008

Hintergrund I: Ausgangslage und Forderungen

Kontakt:

Alexander Hauri (in Poznan vor Ort)
Leiter Klimakampagne Greenpeace Schweiz
alexander.hauri@ch.greenpeace.org
+41 (0)76 399 60 61 (mob)